

LANDRATSAMT REUTLINGEN
Den 16.12.2019

KT-Drucksache Nr. X-0101/1

für den Kreistag
-öffentlich-

Tischvorlage



**Haushalt 2020;
Kreiskliniken Reutlingen GmbH - Schaffung von Handlungsspielräumen zur Finanzierung
von künftigen Bauinvestitionen**

Zu dem im Betreff genannten Beratungsgegenstand wurde umseitiger

A n t r a g der FWV-Kreistagsfraktion

eingereicht.

FWV-Fraktion
(Absender)

An den
Vorsitzenden des Kreistags
Herrn Landrat Thomas Reumann
Bismarckstraße 47
72764 Reutlingen

Haushalt 2020 – Antrag zum

Ergebnishaushalt

Investitionen

Stellenplan

Bezug auf (KT-Drucksache, Produktgruppe o. ä.):

Drucksache X-0101

Antrag:

Die FWV beantragt, den Beschlussantrag Ziffer 1 im ersten Unterpunkt

„1,85 Mio. EUR aus –von der Verwaltung zu erbringenden- Einsparungen im Haushalt 2020“
zu ersetzen durch

„ 1,85 Mio. EUR aus von der Landkreisverwaltung ab dem Jahr 2020 jährlich zu erbringenden strukturellen Einsparungen in mindestens dieser Höhe. Dazu soll die Landkreisverwaltung bis zur Sommerpause 2020 einen Konsolidierungsvorschlag erarbeiten.“

Begründung/Deckungsvorschlag (ggf. Fortsetzung Rückseite):

Wir Freie Wähler wissen, dass in den kommenden Jahren große Investitionen auf den Landkreis zukommen werden. Hierzu zählen nicht nur Investitionen in die Kreiskliniken, sondern beispielsweise auch in die Berufsschulen und im Projekt Regionalstadtbahn.

Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst und wir wissen, dass dieser Kraftakt nur solidarisch gelingen kann. Solidarisch heißt: Kommunen und Landkreis gemeinsam.

Diese Solidarität sollte idealerweise im Gleichgewicht sein. Beide Seiten müssen sich gleichermaßen anstrengen.

Die Kommunen sollen zusätzliche 0,4 Prozentpunkte Kreisumlage bringen - das entspricht 1,85 Mio. Euro. Und das zusätzlich zu den bereits erbrachten „Sonder-Kreisumlagen“ zur Abdeckung der Betriebsverluste Kreisklinken – in Summe rund 23,8 Mio. Euro und zusätzlich zu den Überschüssen der letzten sechs Jahre, die der Landkreis aus den Kreisumlagen erzielt hat – in Summe rund 19 Mio. Euro. Die Kommunen haben diese Überschüsse dem Landkreis belassen und sich hierzu in ihren Kommunen stark einschränken müssen. Teilweise mussten sogar Haushaltssperren erlassen und eigene Konsolidierungspakte geschnürt werden. Zudem wurden in den letzten Jahren und geplant ist dies auch für 2020, jeweils 4,5 Mio. EUR über die Kreisumlage zum Schuldenabbau des Landkreises von den Städten und Gemeinden in den Landkreishaushalt umverteilt.

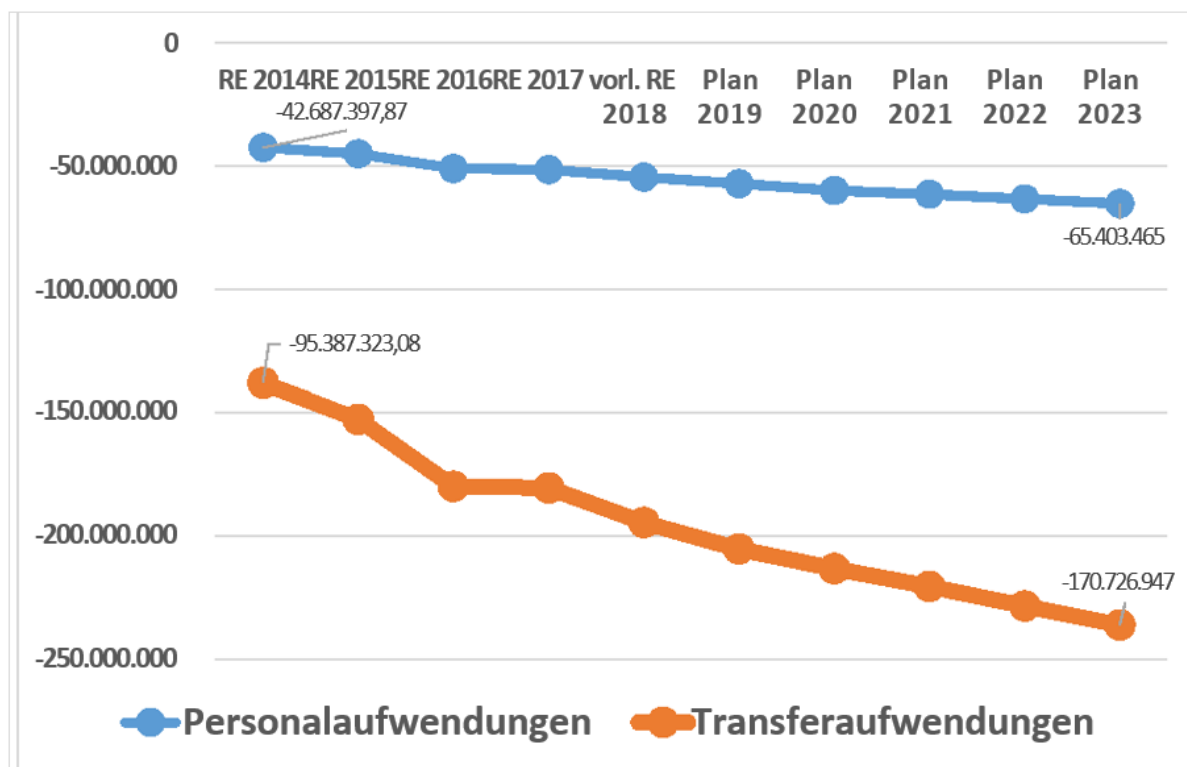
In der Vorlage heißt es unter anderem, dass 2,3 Mio. Euro Mehreinnahmen für den weiteren Schuldenabbau in 2020 verwendet werden sollen. Diese Formulierung beschreibt einen Umstand, der keine Einsparleistung darstellt, sondern der aufgrund der aktuell höher prognostizierten Steuereinnahmen ohnehin eingetreten wäre. Dazu bedarf es keiner eigenen Einsparanstrengung. Bei den 2,3 Mio. Euro handelt es sich nämlich lediglich um eine Kreditermächtigung, die im ursprünglichen Haushaltsentwurf eingeplant war. Bei einem deutlich zweistelligen Millionenbetrag in der Landkreiskasse – für den man sicher in Teilen Negativzinsen bezahlen muss – wäre es zudem genau zu prüfen und wohl abzulehnen, zusätzlich 2,3 Mio. Euro Kredite aufzunehmen, für die man dann darüber hinaus Kreditzinsen bezahlen müsste.

Auch in den vergangenen Haushaltsjahren seit 2016 sind wir so vorgegangen. In jedem dieser Jahre war eine Kreditermächtigung im Haushaltsplan eingeplant, wurde aber nie in Anspruch genommen. Schließlich haben wir eine Kreiskämmerei, die sehr verantwortungsvoll mit den Finanzen umgeht.

Der diesjährige Kreishaushalt zeigt auch im Rückblick seit 2014, eine drastische Kostensteigerung bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums. Die Zahlen müssen uns alle alarmieren:

Personalkosten: + 52% (+ 23 Mio. Euro - von 43 Mio. Euro auf 65 Mio. Euro)

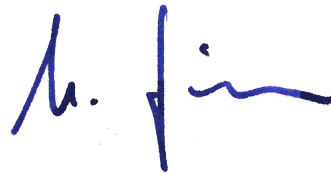
Transferaufwendungen: + 79% (+75 Mio. Euro - von 95 Mio. Euro auf 170 Mio. Euro)



Diese Zahlen müssen zu den beantragten nachhaltigen und dauerhaft wirkenden Konsolidierungsbemühungen führen.

Fazit

Wir sehen aus der Vorlage, dass auch der Landkreis um ein solidarisches Gleichgewicht bemüht ist. Daher möchten wir die Hand reichen und unsererseits über den Schatten springen, einer Erhöhung der Kreisumlage um 0,4 Prozent zuzustimmen. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Beschlussantrag in Ziffer 1 um die Forderung eines nachhaltigen Konsolidierungspaketes erweitert wird. Wir werden die Landkreisverwaltung auf diesem Weg unterstützen. Ein nachhaltig solider Haushalt ist schließlich unser gemeinsames Interesse.



Metzingen, 13.12.2019
(Ort, Datum)

(Unterschrift) Dr. Ulrich Fiedler